



# Ein paar Silberlinge für die Liquidierung der Gewerkschaft?



Was soll man zu diesem Tarifabschluss noch sagen? Das Schönreden des Ergebnisses überlassen wir denen, die es verbrochen haben. Mit den Konsequenzen müssen wir uns auseinandersetzen. Mit Konsequenzen meinen wir am allerwenigsten die Tatsache, dass wir finanziell wieder einmal drauf bezahlen werden. Das Schlimmste ist, dass die Tarifrunden immer mehr reaktionär werden. Warum reaktionär? Weil ein Scheingefecht geführt wird nur noch für einen Teil der Metaller, nämlich für den fest beschäftigten. Die Leiharbeiter-Kollegen und ein Großteil der Kollegen im Werkvertrag sind sowohl vom gemeinsamen Kampf, als auch von sei-

nem wie auch immer gearteten Ergebnis ausgeschlossen.

So kann es nicht weiter gehen. Weder mit so einer Art von „Verhandlungsrunde“, noch mit dieser hausgemachten Spaltung. So wird der notwendige gemeinsame Kampf hintertrieben und so werden Gewerkschaften kaputt gemacht und liquidiert.

Wir haben uns aber auch selbst zu kritisieren. Es ist in dieser Situation absolut unzulässig, sich zurück zu ziehen in dem Wissen, dass „die da oben“ uns sowieso wieder beschließen

werden. Wo war unser Auftreten bei

den Warnstreiks und bei den Versammlungen, z.B. mit Losungen gegen die Spaltung der Arbeiterklasse, also gegen die Leiharbeit? Wo war die Forderung, dass der DGB sofort alle Tarifverträge zur Leiharbeit zu kündigen hat, um die Einheit wenigstens ein Stück weit wieder herzustellen, um die Liquidierung unserer IG Metall zu stoppen?

Schmollen oder ein „ich hab's ja gleich gewusst“ ist hier nicht zulässig. Wir dürfen unsere Gewerkschaft nicht den Liquidatoren überlassen.

Du bist dabei?

**Komm zu unseren Treffen oder melde Dich bei uns!**  
(siehe Impressum)



## Das Beste oder Nichts

Für die Wochenendschicht-Kollegen der Halle 4 und 6 gab es am zum 20jährigen Jubiläum der SLK eine „nette Geste“ des Unternehmens: Ein leckeres Essen sollte es sein, das sich die Führung für seine Untertanen ausgedacht hat. Nein, kein Schampus oder Kaviar, sondern eine leckere Scheibe Schwarzbrot mit einer Scheibe Käse und obendrauf noch ein verwelktes Blatt Salat. Und zur Krönung durften die Kollegen noch dafür Unterschriften, dass es sich bei der großzügigen Gabe um einen steuerlichen Vorteil handelt.



Vor lauter Dankbarkeit über solch eine tolle Idee konnten einige Kollegen ihr Glück kaum fassen und verließen den Ort der leckeren Essenausgabe ohne die Brotkrumen entgegen genommen zu haben. Man kann nur hoffen, dass den Vorgesetzten, die diese nette Idee hatten vor lauter Schwarzbrot Rückgaben in den nächsten Wochen die Kantine nicht mehr aufsuchen brauchen.

## Stoppt die Streichung von Sozialleistungen und Arbeitsplätzen

Daimler verlangt, dass über 2,5 Millionen Euro eingespart werden, um das Bremer Werk in die Gastro GmbH aufnehmen zu können. Und das Sparmenue wurde gleich dazu präsentiert: 26 Maßnahmen, unter anderen Preisanpassung für Brötchen, Preiserhöhung für Warmverpflegung, Entfall Benzeria Halle 9, Halle 3, Halle 7. Entfall Shop Halle 2, 8, 66, 76, 91 und Hansalinie. Als Ausgleich dient dann Gebäude 88 und Automatenversorgung.

Dieser Kahlschlag an Service ist aber nur die Sahnespitze des Eisbechers: Als Schmankerl sollen Leiharbeiter flexibel eingesetzt werden, falls der Krankenstand auf mehr als 5% wachsen sollte. Die Einrichtung eines „Flexpools“ im Werk, sogenannte Abrufstundenverträge und Einführung geteilter Arbeitszeiten, bei Neuverträgen und bei Freiwilligkeit der bisherigen Stammebelegschaft ergänzen die Karte. Daimler aber beruhigt, diese gemischte Vorspeisenplatte soll 5% der Stammebelegschaft nicht überschreiten.

Über 60 Kolleginnen und Kollegen von Kruschina, bisher im Werkvertrag in den Benzerias und Shops bangen jetzt um ihre weitere Beschäftigung in der neuen Gastro GmbH. Und unter welchen Bedingungen sie dort arbeiten sollen, sofern sie dürfen.

[Fortsetzung nächste Seite]

„Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, dass Arbeit als Gnade vergeben wird.“ Kurt Tucholsky

Falls die Verhandlungen zu keiner Einigung führen, droht trotz DLTV die Fremdvergabe. Wer immer noch glaubte, das „Beste oder Nichts“ betrifft auch uns Kolleginnen und Kollegen, wird mit dieser Erpressung der Fremdvergabe merken, dass diese Worte uns nicht satt machen und wieder mal nur die Taschen und Mägen des Vorstandes füllen werden. Für

uns Unterzeichner ist das nicht tragbar. Wir fordern die Übernahme der Kruschina Kolleginnen, wir lehnen die Einrichtung eines Flexpools ab und wollen keine Schließung der Benzerien und Shops in den Hallen, vielmehr verlangen wir essbares, erreichbares und ausreichendes Essen. So z.B. auch den Ausbau des Restaurants in Halle 4, als Anfang.

Macht Eurem Unmut über den Abbau von weiterer Sozialleistung lautstark Luft. Sprecht mit Euren Betriebsräten und Vertrauensleuten und sagt: Nein, zu immer weiteren Sozialabbau hier im Werk auf Kosten der Arbeiter und der Kolleginnen und Kollegen im Gastro-Bereich und von Kruschina.

## Recht haben heißt nicht Recht bekommen

Am 28. April fand am Arbeitsgericht Bremen eine weitere Verhandlung wegen versteckter Leiharbeit in einem Werkvertrag statt. Klägerinnen waren zwei Kolleginnen von Kruschina, die durch ihren Anwalt Dr. Geffken vertreten wurden und auf Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis klagten. Detailliert schilderten die Kolleginnen wann und welche Anweisungen sie von einem Mercedes Meister bekommen hatten, was rechtlich nicht erlaubt ist. Sogar länger arbeiten mussten sie auf Anweisung des Mercedes Meister. In einer arroganten Weise versuchte der Rechtsverdrehler von Daimler, die beiden Kolleginnen einzuschüchtern. Und fragte immer wieder nach Beweisen, mündliche Aussagen würden sie nicht akzeptieren. Der Höhepunkt des ganzen Verfahrens

war, als die Richterin dem Anwalt Geffken neue Ausführungen von Daimler in die Hand drückte und meinte, das haben sie sicher schon per Fax bekommen, was dieser aber verneinte. Der Anwalt merkte schnell, dass hier Kapital und Justiz Hand in Hand arbeiten und weigerte sich weiterhin dieses miese Spiel mitzumachen. Die Richterin versuchte erst gar nicht ihre Parteinahme fürs Kapital zu kaschieren und meinte, dass die Beweislage nicht ausreichend sei und sie deshalb den Antrag auf Übernahme ablehnt. Jeder im Zuschauerraum fragte sich was eigentlich noch für Beweise vorliegen müssten, um Recht zu bekommen. Die beiden Kolleginnen haben sich aber nicht einschüchtern lassen und werden in die nächste Instanz gehen.

### 1. Mai 2016

Wir haben uns an der DGB Demonstration mit einer klaren Botschaft beteiligt: „Leiharbeit verbieten“ und „Fremdvergabe stoppen“. Auf der Kundgebung war keine Rede von streikenden Mercedes-Arbeitern im offiziellen Teil erwünscht, deswegen griff der Vertrauensmann Rolf Weichmann am Ende zum Megaphon und sprach über unsere Kämpfe gegen Leiharbeit und Werkverträge, bei größter Aufmerksamkeit und Applaus.



## Die Leiharbeit muss weg – und jeder Betrugsversuch auch!

Leiharbeit ist ein Verbrechen und gehört bestraft. Bestraft gehören unter anderem auch deshalb z.B. die Herren Schröder (noch immer SPD und Gazprom-Vorstand)) und Hartz (noch immer auf freiem Fuß und jetzt in Sachen Hartz-Gesetze in Frankreich als „Berater“ tätig). Bestraft gehören auch die an den Hartz-Gesetzen beteiligten Gewerkschafter von ver.di und der IGM – zumindest wegen Dummheit. Bestraft gehören die Verantwortlichen für den „Tarifvertrag Zeitarbeit“, den der DGB unterzeichnet und damit das Verbrechen Leiharbeit salonfähig und festgeschrieben hat.

### Vorsicht: Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Um die Spaltung und Entrechtung der Arbeiter zu übertünchen, hat nun die SPD-Frau Nahles, mit freudiger Zustimmung von CSU und Kapitalistenverbänden ein Pflasterchen über die Wunde geklebt. Ein neues Gesetz soll Leiharbeit und Werkverträge „regulieren“.

Was bringt dieses Machwerk?

1. Es soll ein Gesetz werden, das die Gesetzlichkeit aufhebt. Denn die Regelungen, dass die Verleihdauer auf

18 Monate begrenzt ist und dass nach 9 Monaten gleiche Bezahlung vorgeschrieben ist, wird im gleichen Gesetz gleich wieder aufgehoben: Durch Tarifverträge oder sogar durch Betriebsräte können diese Fristen deutlich erweitert werden! Damit verliert dieses Gesetz jegliche Verbindlichkeit und Wirkung und ist somit auch kein Gesetz mehr, sondern ein Machwerk.

2. Das bisherige Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) besagt im §9, dass Leiharbeit nur „vorübergehend“ zulässig ist. Gut, könnte man meinen, jetzt ist „vorübergehend“ auf 18 Monate begrenzt. Irrtum! Nach 18 Monaten wird einfach nur der Leiharbeiter ausgetauscht und Daimler kann quasi unbegrenzt denselben Arbeitsplatz mit anderen Leiharbeiter besetzen.

3. Was das sogenannte Verbot, den Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen, betrifft, auch hier wieder eine große Lüge. Denn ein Leiharbeiter-Kollege kann durchaus als Streikbrecher missbraucht werden, sofern er „keine Arbeit von Streikenden“ übernimmt. Also, zum Beispiel, wenn die Kollegen vom Band 007 in Halle XY weiter arbeiten, also Streikbruch

begehen, können die Leiharbeiter zum Streikbruch gezwungen werden.

4. Die ursprünglich geplante Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen ist um des lieben Koalitionsfriedens mit der CSU ganz entfallen. Der ständige Wildwuchs in diesem Sumpfgebiet wird also weiter blühen.

Die Berliner Ermächtigungsregierung hat also wieder ganze Arbeit gegen die Arbeiter geleistet. Juniorpartner SPD hat seine historische Aufgabe erfüllt, zu betrügen was das Zeug hält, anstatt die Leiharbeit zu verbieten.

### **Keine Mittäterschaft unserer Gewerkschaften!**

Und die Gewerkschaften? Sie begrüßen den ganzen Betrug, weil „mit diesem Entwurf unsere tariflichen Regelungen mit Anpassungen fortgeführt

werden können“ (IGM-Vorsitzender Hofmann). Damit beweisen sie erneut: Sie wollen keine Gleichheit zwischen Stamm- und Leiharbeiter. Sie wollen keine gleichen Arbeitsbedingungen und keine gleiche Bezahlung. Das beinhaltet nämlich das Gesetz zur Leiharbeit der Schröderregierung. Gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung, sofern nicht ein Tarifvertrag „abweichende Regelungen“ zulässt (AÜG §9.2). In vorsehendem Gehorsam gegenüber der Schröder-Regierung hat der DGB damals einen solchen Schandvertrag abgeschlossen. Schlimmer noch: er will das auch weiterhin tun, anstatt diesen Tarifvertrag unverzüglich aufzukündigen.

**Tarifvertrag Zeitarbeit jetzt kündigen!**  
Noch mal zum Verständnis: Der DGB

bekannt sich zu seinem „Tarifvertrag Zeitarbeit“ und verhindert so die im Gesetz festgeschriebene Gleichbehandlung der Leiharbeiter! Selbst wenn man das 2003 also noch mit der Dummheit der Gewerkschaftsführungen gerechtfertigt haben mag, so liegt heute der Verdacht auf offenem Verrat nahe.

Machen wir diesem Spuk ein Ende: Der „Tarifvertrag Zeitarbeit“ läuft am 30.12.2016 aus. **Er muss also bis zum 30. Juni dieses Jahres gekündigt werden.** Beenden wir die Spaltung unserer Klasse, stellen wir unsere Streikfähigkeit wieder her! Stellt Anträge im Vertrauenskörper, in der Delegiertenversammlung und macht öffentlichen Druck, wo immer das Verbrechen Leiharbeit erscheint!

## **„BMW- Arbeiter fordern: Schluss mit der Zuhälterei! Gesetzliches Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen!“**

Am 9. April rief der DGB zur bundesweiten Veranstaltung um den „Missbrauch der Leiharbeit zu stoppen!“ und gerade mal 3000 folgten dem halbherzigen Aufruf nach München. In der Mehrzahl erschienen Hauptamtliche und Funktionäre, so waren allein sieben Vorsitzende der Einzelgewerkschaften am Start. Wie viele kampfbereite Kollegen wären wohl einem Aufruf gefolgt die Leiharbeit zu beenden? Aber dazu müssen wir uns erst unsere Gewerkschaften zurückerobern.

Die Reden der Funktionäre drehten sich um die Notwendigkeit der Leiharbeit, um fallende Profite und internationale Konkurrenz. Die wenigen zugelassenen Reden der Kollegen beschrieben die Folgen der Ungleichheit im Betrieb und die zunehmend unmögliche Verteidigung von Lohn und Arbeitsbedingungen. Und in diesem Sinne diskutierten die Kollegen auch mit den Funktionären am Platz. Dort also das laue Motto des DGB,

aber davor ein riesiges Transparent der Kollegen (Foto). Ebenso im Widerspruch zum DGB Motto stand die Sammlung für unseren Kampffonds für das Streikrecht, die einige Aktivisten aus dem internationalen Antikriegszug



„Klassenkampf statt Weltkrieg“ auf dieser Veranstaltung betrieben hatten. Dabei wurden von ihnen auch die gelben Aufkleber – Leiharbeit verbieten - verbreitet. Die Hauptamtlichen gaben selten Geld, meist Broschüren und noch mehr warme Worte. Die anwesenden Kollegen aber, Schnauze voll vom falschen Spiel der Funktionäre, gaben in kürzester Zeit knapp 280.- € für den „Kampf der Bremer“ und trugen unsere gelben Aufkleber und unsere Forderung in die ganze Republik. Zumindest in sein Büro in Berlin trägt auch Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB, einen der Aufkleber. Einen zweiten - vielleicht für das Büro von Freundin Merkel - wollte er (noch) nicht annehmen.

## **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen**

*Am Sonntag, den 29.5.2016 fand eine Protestaktion gegen den AfD Landestag in Bremerhaven statt. Wir beteiligten uns mit einem großen Transparent (siehe Foto). Dort sprach u.a. Nico von der FDJ über das sogenannte „Integrationsgesetz“. Diese Rede wollen wir euch hier in Auszügen zur Kenntnis geben.*

„Liebe Freunde,

heute sind wir hier, um gegen die AfD und ihre reaktionären Ansichten zu demonstrieren. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, die AfD ist nur ein Teil davon, was in diesem Land gerade

passiert. So schickt sich gerade die CSU an ihrem alten Anspruch, dass es rechts neben ihr nichts geben darf wieder gerecht zu werden. In Bayern weiß man noch, wo man mit seinem rassistischen und reaktionären Ansichten hin kann, eben zur CSU [...] [...] Ihre Rolle beweist die CSU mit ihrem vorgelegten „Integrations-“ oder Ausgrenzungsgesetz, welches am 1. Juni in die 1. Lesung geht. Darin soll jeder auf die „bayrische“ Leitkultur verpflichtet werden und ohne rechtliche Grundlage eine Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro verhängt werden gegen

diejenigen, die mit dieser Leitkultur nicht einverstanden sind.

Ähnlich wie bei Hartz, sollen jetzt 16-Jobs auch für Asylbewerber geschaffen werden und bei nicht Teilnahme an solchen „Integrationsmaßnahmen“ kann bis Null gekürzt werden.

Die Bundesregierung hat – offensicht-



"Völlig fassungslos hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, dass Menschen vor Erreichung des künftigen, gesetzlichen Rentenalters von 70 Jahren auch sterben können – was durchschnittlich bei einem Fünftel der Betroffenen passiert. Es muss also davon ausgegangen werden, dass Finanzminister Schäuble eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gibt dahingehend, ob Menschen nicht auch nach dem Tod noch arbeiten können."

(Aus: Der Deutsche Einheit(z) - Textdienst von Werner Lutz 5-16)

lich angestoßen durch die CSU - nun die Eckpunkte eines bundesweiten Integrationsgesetzes beschlossen. Auch hierin finden sich Forderungen, die klar die Handschrift der CSU tragen, beispielsweise nach der bis zu 3 jährigen Wohnsitzzuweisung für Geflüchtete [...] [...] Diese Gesetze führen die verfassungsmäßig geltenden Rechte und die Menschenrechte ad absurdum. Sie sind nicht nur ein Angriff auf Geflüchtete und fortschrittlich denkende Menschen, nein - sie sind ein Angriff auf die ganze bürgerliche Demokratie! Es reicht heute nicht und reichte auch noch nie, nur mit dem Finger auf AfD und NPD zu zeigen, ohne wahr zu nehmen, dass die Rassisten schon längst in den Staatskanzleien sitzen. Solche Gesetze lassen einen noch viel

mehr Schlucken, wenn man sieht, wie die Festung Europa bröckelt und die offenen Innengrenzen in Frage gestellt werden. Wenn man sieht, dass die deutsche Sparpolitik in Europa nicht mehr leistbar ist und sowohl die Reaktion als auch die Alternative auf die Straße strömt. Wenn man sich bewusst macht, dass die Herren der Banken und Fabriken keine Alternative dulden werden, die ihr Eigentum in Frage stellt. Aber wir brauchen eine Welt ohne Rassismus! Das heißt, wir brauchen eine Welt ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, denn wir unteren haben kein Vaterland! Wir brauchen eine Welt ohne Flucht! Das heißt, eine Welt ohne deutsches Kriegsgerät und deutsche Soldaten! [...]"



## Streiks in Frankreich

In Frankreich stehen die Eisenbahnen, die Betriebe, die Raffinerien und die Kraftwerke still, weil die Arbeiter es so beschlossen haben.

In Frankreich geht das Benzin und bald auch das Licht aus, weil das französische Volk sich gegen den deutschen Import der Hartz-gesetze („Reform“ der Arbeitsgesetze nach deutschem Muster) sperrt. Weil die Jugend sich nicht mit einer Zukunft als rechtloser Leiharbeiter abfinden will (ihre Losung lautet: „Unsere Träume passen nicht in eure Urnen“).

In Frankreich brennen die Barrikaden aus Reifen, weil wir uns hierzulande noch immer den zweifelhaften Luxus leisten,

nicht zu kämpfen und uns so in die Rolle des Streikbrechers drücken lassen.

In Frankreich wackelt die Regierung, weil Hunderttausende auf der Straße sind. Merkel und Ga-briel schauen zwar mit Sorgen auf das Nachbarland – könnte vielleicht doch ein Funken auf die braven deutschen Arbeiter und ihre staatstragenden Gewerkschaften überspringen? - setzen jedoch ungehemmt ihre Politik gegen das Volk fort. Warum? Weil wir uns es bieten lassen. Noch jedenfalls.

In Frankreich treiben die Arbeiter ihre Gewerkschaften vor sich her in den Kampf, damit sie nicht auf dumme „sozialpartnerschaftliche“ Gedanken kommen, wie die deutschen Gewerkschaften.

Massenstreiks und -demonstrationen auch in Belgien, in England, Spanien, Griechenland ... Was also liegt näher, als endlich unseren Streikbruch, unser Stillhalten zu beenden und uns einzureihen in den Kampf der Arbeiter anderer Länder? Da gäbe es kein Halten mehr.

Du bist dabei? Du willst mehr, als nur sagen „Wie die in Frankreich müsste man es machen“? Dann komm zu unseren Treffen oder melde Dich bei uns (siehe Impressum).

*„Die Deutschen haben den Warnstreik erfunden, damit streiken nicht weh tut“*

*(Kabarettist Alfons)*